

## Antrag<sup>\*)</sup>

der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Bahnlärm im Mittelrheintal Entlastungsmaßnahmen prüfen – Alternativtrasse planen

Der Landtag stellt fest:

Im Mittelrheintal herrscht derzeit eine extrem hohe Lärmbelastung durch Güterzüge, hinzu kommen die entsprechend durch den Güterverkehr ausgelösten Erschütterungen. Beides belastet die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen, die in der Region leben, massiv. Außerdem sorgen Lärm und Erschütterungen für Einbußen bei der touristischen und wirtschaftlichen Entwicklung des UNESCO Welterbes Oberes Mittelrheintal.

Aufgrund von Lärmsanierungen an den Schienenstrecken, die seit dem Jahr 2000 im Mittelrheintal durchgeführt wurden, ist es inzwischen zu Verbesserungen gekommen. Gleichwohl bestehen noch deutliche Defizite.

Die mittelfristig am meisten Erfolg versprechende Maßnahme ist die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise für die Benutzung der Schienenwege. Sie sollen einen finanziellen Anreiz setzen, damit die lauten, älteren Güterwagen, die noch länger den größten Teil des Bestands ausmachen, auf lärmarme Verbundstoffbremsen umgerüstet werden. Dadurch könnte der Schienenlärm bis 2020 um die Hälfte reduziert werden. Wir halten insbesondere die bisher von Seiten des Bundes getroffenen Maßnahmen nicht für ausreichend. So setzt beispielsweise das Bundesprogramm „Leiser Rhein“ auf die Konzeption der LL-Sohle. Da die Umrüstung in der Schweiz auf die teurere sogenannte K-Sohle setzt, liegt der Schluss nahe, dass die Aussicht auf eine tatsächliche baldige Einführung von LL-Sohlen derzeit nicht realistisch ist.

Die ernsthafte Prüfung einer Alternativtrasse muss zügig angegangen werden. Gleichzeitig muss ein Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der vom Bahnlärm betroffenen Menschen im Mittelrheintal auf die Agenda gesetzt werden. Es gilt, alle Möglichkeiten der kurzfristigen Lärmreduktion intensiv zu prüfen und schnellstmöglich in Angriff zu nehmen.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, alle notwendigen Schritte einzuleiten, die den Menschen im Mittelrheintal kurz-, mittel- und langfristige Entlastung bringen. Dazu gehört:

- Die schnellstmögliche Reduzierung der Geschwindigkeit vor allem in den Nachtstunden, da dies nach Auffassung der vom Umweltministerium beauftragten Fachleute eine spürbare Entlastung bringt.
- Den Bund aufzufordern, die Umrüstung der Bestandsgüterwagen auf lärmarme Verbundstoffbremsen zu forcieren und die Lärmentwicklung durch ein Monitoring mit Dauermessstationen zu überwachen.
- Den Bund aufzufordern, die in den beiden vergangenen Jahren im Rahmen des Konjunkturprogramms II erprobten innovativen ortsfesten Lärmschutztechniken zu einer weiteren Reduzierung des Bahnlärms, besonders im Mittelrheintal, zu nutzen.

---

\*) Dieser Antrag tritt an die Stelle des Antrags der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1052 .

- Den Bund aufzufordern, der Verminderung der Erschütterungen mehr Aufmerksamkeit zu widmen und hierzu einen Maßnahmenplan vorzulegen.
- Den Bund entsprechend dem Bundesratsbeschluss vom 14. Oktober 2011 weiter aufzufordern, das Eisenbahn-Bundesamt mit einer wirksamen Eingriffsbefugnis zum Schutz der Bevölkerung vor Bahnlärm und Erschütterungen auszustatten und dafür die Voraussetzungen zu schaffen.
- Die Überprüfung der Nutzungseignung bestehender **alternativer Routen, um** ggf. eine teilweise **Entlastung im Rheintal herbeizuführen**. Hierzu zählen aus dem Bereich Südwesten die „Eifelbahn“ Trier – Gerolstein – Euskirchen – Köln sowie die Führung von Güterzügen aus dem Bereich Rhein-Main/Rhein-Hessen in das Rhein-Ruhr-Gebiet **über die bestehende Linie Frankfurt – Gießen – Siegen – Köln/Hagen**.
- Die Überprüfung der Nutzungseignung der Schnellfahrstrecke Frankfurt – Köln: Es ist zu untersuchen, ob zumindest in der Nacht auf der Schnellfahrstrecke Frankfurt – Köln Güterzüge verkehren können, die mit speziellen Lokomotiveinheiten (Schubunterstützung für Steigungen) verkehren.
- Beim Bund im Rahmen der von dort beauftragten Studie für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse – Rhein/Main – Rhein/Neckar zur Ermittlung von Verkehrskonzepten und Infrastrukturmaßnahmen die Planung einer alternativen Güterverkehrsstreckenführung rechts- oder linksrheinisch zur Entlastung des Mittelrheintals einzubringen und diese für den kommenden Bundesverkehrswegeplan 2015 anzumelden. Die notwendigen Untersuchungen sind schnellstmöglich durchzuführen und abzuschließen. Dies entspricht auch dem mit dem Land Hessen formulierten Ziel im Programm „Leises Rheintal“.
- Den Bund aufzufordern, den bereits anlässlich der jüngsten Verkehrsministerkonferenz bei Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und EU-Vertretern erfolgten Einsatz für eine entsprechende Entlastung des Mittelrheintals fortzuführen. Fest steht nach Aussage der EU-Kommission, dass die Initiativen zu einer Berücksichtigung einzelner Projekte von der Bundesregierung ergriffen werden müssen. Im Rahmen des unter der Überschrift „Connecting Europe“ firmierenden transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) soll der Ausbau von Infrastrukturen bei allen Verkehrsträgern ermöglicht werden, die für ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarktes sowie für die Gewährleistung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhaltes und für eine bessere Zugänglichkeit aller Gebiete in der EU sorgen sollen.
- Den Bund aufzufordern, die notwendigen Finanzmittel für die Realisierung lärm-mindernder Maßnahmen bereitzustellen. Dabei müssen auch die sich ergebenden europäischen Finanzierungschancen aufgegriffen werden.

Bei allen baulichen Maßnahmen, insbesondere bei der möglichen Planung einer alternativen, neuen Güterzugstrecke abseits des Rheintals, müssen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbezogen werden.

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für eine Verordnung des EU-Parlaments und des Rates über Leitlinien für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes unterbreitet. Mit den vorgelegten Leitlinien soll eine langfristige Strategie für die Umsetzung dieser Politik bis zu den Jahren 2030 bzw. 2050 festgelegt werden.

Im Falle der Planung eines Trassenneubaus ist zu beachten, dass sich dies wegen der zeitlichen Abläufe für eine derartige Trasse insbesondere in planrechtlicher Hinsicht auf Fördermittel der EU nach dem Jahr 2020 für den europäischen Korridor 6 von Rotterdam nach Genua beziehen wird. Daher müsste zu gegebener Zeit eine mögliche alternative Güterverkehrsstrecke im Korridor 6 für eine Förderung aus TEN-Mitteln angemeldet werden.

Für die Fraktion der SPD:  
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion der CDU:  
Hans-Josef Bracht

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nils Wiechmann